

Antrag A4: Sofortige Aussetzung der KdU-Kostensenkungsverfahren und Neuerstellung des schlüssigen Konzeptes nach Gerichtsurteil

Laufende Nummer: 27

Antragsteller*in:	Luisa Milazzo, Katharina Krefft
Status:	angenommen
Sachgebiet:	V - Verschiedenes
Antragsblock:	V5 Sofortige Aussetzung der KdU-Kostensenkungsverfahren und Neuerstellung des schlüssigen Konzeptes nach Gerichtsurteil
A4: Sofortige Aussetzung der KdU-Kostensenkungsverfahren und Neuerstellung des schlüssigen Konzeptes nach Gerichtsurteil	Ja: (86 %) 43 Nein: (6 %) 3 Enthaltung: (8 %) 4 Gültige Stimmen: 50

- 1 Die Mitgliederversammlung fordert die Stadtratsfraktion auf folgendes im Stadtrat
2 Leipzig zu fordern:
- 3 • Sämtliche laufenden Kostensenkungsverfahren im Bereich der Kosten der Unterkunft
4 (KdU) nach dem SGB II (Grundsicherungsgeld) und SGB XII (Sozialhilfe) im
5 Zuständigkeitsbereich der Stadt Leipzig und des Jobcenters Leipzig mit sofortiger
6 Wirkung auszusetzen
 - 7 • Bis zur rechtskräftigen Klärung bzw. bis zur Vorlage eines rechtssicheren,
8 nachgebasterten Konzeptes werden die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und
9 Heizung in voller Höhe anerkannt, sofern sie die Werte der gesetzlichen
10 Wohngeldtabelle (WoGG) zzgl. eines Sicherheitszuschlags von max. 15 Prozent nicht
11 überschreiten.
 - 12 • Die Stadtverwaltung inkl. des Jobcenters wird beauftragt, unter Einbeziehung
13 externer Expertise sowie der Akteure des Leipziger Wohnungsmarktes (Mieterverein, LWB
14 etc.) unverzüglich ein neues, methodisch sauberes und realitätsgerechtes schlüssiges
15 Konzeptes für das Jahr 2026/2027 zu erarbeiten. Dabei sind die tatsächlichen
16 Angebotsmieten im einfachen Segment sowie die realen kalten Betriebskosten der
17 letzten 12 Monate als maßgeblichen Kriterien heranzuziehen. Es muss berücksichtigt
18 werden, wie viele Wohnungssuchende dem vorhandenen Angebot gegenüberstehen.
 - 19 • Bis zum ersten Quartal 2027 ist über den Fortgang und die methodischen Eckpunkte
20 des neuen Konzeptes zu berichten.
 - 21 • Die Stadt Leipzig erstellt klare Richtlinien, wie Menschen nachweisen können, dass
22 sie ohne Erfolg nach einer angemessenen Wohnung gesucht haben und sich auch
23 anderweitig ausreichend um Senkung der Kosten der Unterkunft bemüht haben, damit die
24 Stadt Leipzig auch nach der Karenzzeit noch die tatsächlichen Kosten der Unterkunft
25 anerkennt. Es wird festgelegt, dass bei Vorlage entsprechender Nachweise die Kosten
26 der Unterkunft in tatsächlicher Höhe anerkannt werden. Diese Richtlinien sind bis zum
27 ersten Quartal 2027 vorzulegen.
- 28 Das Sozialgericht Leipzig hat im Juli 2026 die aktuellen Richtwerte der Stadt Leipzig
29 zur Deckelung der Unterkunftskosten (KdU) für unzulässig erklärt und das

zugrundeliegende Konzept gekippt. Das Gericht bestätigt damit, was Mietervereine und Sozialverbände seit langem anmahnen: Die ermittelten Mietobergrenzen spiegeln nicht mehr die Realität des extrem angespannten Leipziger Wohnungsmarktes wider. Über 4.000 Leipziger Haushalte weisen derzeit eine sogenannte "Wohnkostenlücke" auf.

Das bedeutet, dass Familien, Alleinerziehende und Rentner gezwungen sind, Teile ihrer Miete aus dem ohnehin knappen Regelsatz zu bezahlen - also am Essen, an der Kleidung oder der sozialen Teilhabe zu sparen. Ein Konzept, das dazu führt, dass im einfachen Standard schlicht keine Wohnungen mehr zu den "angemessenen" Preisen auffindbar sind, ist weder sozial noch rechtlich schlüssig.

Die Stadt Leipzig droht durch die gerichtliche Niederlage zudem ein massiver finanzieller und bürokratischer Schaden durch eine Klagewelle und rückwirkende Überprüfungsanträge. Um Rechtssicherheit für die Verwaltung und existenzielle Sicherheit der betroffenen Bürger*innen herzustellen, ist ein sofortiger Stopp der Kostensenkungsverfahren und der Übergang zur Wohngeldtabelle (inkl. 15 % Zuschlag) als rechtssicherer Maßstab zwingend erforderlich.

Version in einfacher Sprache:

Titel: Wir fordern neue Regeln für das Geld zum Wohnen vom Jobcenter und vom Sozialamt in Leipzig: Weil das Sozialgericht in Leipzig gesagt hat: Die alten Regeln sind nicht ok.

Viele Menschen haben zu wenig Geld zum Leben.

Die Menschen brauchen Geld vom Sozialamt oder vom Jobcenter.

In Leipzig gibt es Regeln: Wie viel Geld muss das Jobcenter oder das Sozialamt für die Wohnung zahlen?

Wann ist die Miete so teuer, dass das Amt sie nicht zahlen muss?

Jetzt hat das Sozialgericht entschieden:

Die Regeln in Leipzig sind nicht ok, weil die Stadt sie nicht richtig begründet hat.

Leipzig hat ein Konzept als Begründung.

In dem Konzept steht nur, dass in Leipzig Wohnungen angeboten werden, die dem Amt nicht zu teuer sind. Aber da steht nicht, ob diese Wohnung auch für alle reichen.

- Deswegen ist das Konzept nicht schlüssig. Schlüssig bedeutet logisch. Die Entscheidung vom Sozialgericht ist noch nicht rechtskräftig. Das bedeutet: Die Stadt Leipzig lässt die Entscheidung noch von einem höheren Gericht prüfen.

Das Jobcenter oder das Sozialamt schreibt vielen Menschen:

- Ihre Wohnung ist zu teuer. Das steht in unseren Regeln.

- Sie müssen Ihre Wohnkosten senken.

Zum Beispiel können Sie in eine Wohnung umziehen, die weniger kostet.

Oder Sie können einen Teil von Ihrer Wohnung vermieten.

Oder Sie müssen etwas anderes machen, damit die Wohnung nicht mehr so teuer ist.

Zum Beispiel: Mit der Vermieterin verhandeln.

69 - Sonst zahlen wir Ihnen weniger für die Wohnung.

70

71 In Leipzig passiert das vielen Leuten.

72 Die meisten Leute können **keinen** Teil von ihrer Wohnung vermieten.

73 Und Verhandeln bringt **fast nie** etwas.

74 Und viele können **nicht** in eine Wohnung ziehen, die dem Amt nicht zu teuer ist:

75 - Weil in Leipzig nur ganz wenige Wohnungen angeboten werden, die wenig kosten.

76 - Aber es gibt sehr viele Leute, die eine günstige Wohnung in Leipzig suchen.

77

78 Wir fordern von der bündnisgrünen Fraktion im Stadtrat:

79 Die Fraktion muss im Stadtrat fordern:

80 **1. Das Jobcenter und das Sozialamt muss sofort alle Verfahren beenden, bei denen**
81 **Leute aufgefordert wurden, dass sie ihre Wohnkosten senken sollen.**

82 **2. Das Jobcenter und das Sozialamt muss erstmal bei allen die vollen Wohnkosten**
83 **anerkennen** - außer wenn sie mehr als 15 % höher sind, als in den Tabellen im
84 Wohngeldgesetz.

85 So lange, bis die Gerichte die Sache abschließend geklärt haben.

86 Oder bis es ein neues Konzept für die Wohnkosten gibt, das logisch ist und das
87 rechtssicher ist.

88 **3. Die Verwaltung von der Stadt Leipzig bekommt den Auftrag: Sie sollen ein neues**
89 **Konzept für die Wohnkosten schreiben.**

90 Sie sollen so schnell wie möglich damit anfangen. Das Jobcenter soll mitarbeiten.
91 Leute die sich mit dem Wohnungsmarkt in Leipzig auskennen sollen auch mitarbeiten.

92 Und Leute sollen mitarbeiten, die Wohnungen vermieten, zum Beispiel die Leipziger
93 Wohnungs- und Baugesellschaft. Außerdem sollen Leute mitarbeiten, die Mieter*innen
94 vertreten, zum Beispiel der Mieterverein.

95 Das Konzept soll berücksichtigen:

96 - Wie hoch sind die Mieten tatsächlich bei angebotenen Mietwohnungen mit einem
97 einfachen Wohnstandard?

98 - Wie hoch waren die Betriebskosten der letzten 12 Monaten wirklich?

99 - Wie viele Menschen suchen in Leipzig eine günstige Wohnung?

100 - Gibt es genug günstige Wohnungen für alle?

101 **4. Bis Anfang 2027 muss die Verwaltung berichten:** Wie weit sind sie schon mit dem
102 neuen Konzept? Was haben sie sich schon dafür überlegt?

103 **5. Die Stadt Leipzig soll Richtlinien schreiben:**

104 Wie können Menschen beweisen:

105 Ich habe eine Wohnung die wenig genug kostet gesucht. Aber ich konnte keine Wohnung

106 finden.

107 Ich habe auch anders versucht, meine Kosten für die Wohnung zu senken.

108 Bis Anfang 2027 sollen die Richtlinien fertig sein.

Begründung

Zu wenig Geld zum Leben

Mehr als 4.000 Leipziger Haushalte bekommen im Moment zu wenig Geld vom Jobcenter oder vom Sozialamt für ihre Wohnung. Dafür gibt es ein langes Wort: Wohnkostenlücke

Das bedeutet zum Beispiel: Familien, Alleinerziehende und Rentner*innen müssen einen Teil von ihrer Miete mit ihrem Regelsatz bezahlen. Der Regelsatz ist eine niedrige Pauschale für fast alles, was Menschen zum Leben brauchen. Wer vom Regelsatz einen Teil von der Miete zahlen muss, hat zu wenig Geld für andere wichtige Dinge. Zum Beispiel zu wenig Geld für Essen, Kleidung und soziale Teilhabe. Soziale Teilhabe bedeutet zum Beispiel ins Internet gehen können, Sport im Verein machen können oder ins Schwimmbad gehen können.

Das Konzept ist nicht sozial und rechtlich nicht in Ordnung, wenn deswegen die Menschen keine Wohnungen finden können, die dem Amt nicht zu teuer sind.

Verlorenes Gerichtsverfahren

Die Stadt Leipzig hat ein Verfahren beim Sozialgericht Leipzig verloren. Deswegen droht unserer Stadt, dass sie viel Geld zahlen muss und viel Arbeit bekommt, weil Leute ihre Bescheide nachträglich überprüfen lassen. Und viele Leute können klagen. Das ist auch teuer für die Stadt und macht der Verwaltung viel Arbeit.

Die Verwaltung muss sich darauf verlassen können, dass die Regeln rechtssicher sind. Rechtssicher bedeutet: Sie sind rechtlich in Ordnung. Es sind keine Fehler drin, die Menschen vor Gericht angreifen können.

Die Menschen in Leipzig brauchen die Sicherheit, dass sie immer genug Geld zum Leben haben. Die Menschen müssen auch wissen: Wie kann ich beweisen, dass ich keine Wohnung finden konnte? Und wie beweise ich, dass ich auch anders die Kosten nicht senken

kann? Sonst gibt es jedes Mal Streit. Oder die Menschen geben auf.

Antragstext in Leichter Sprache

Leichte Sprache ist nicht möglich. Dafür braucht es nämlich eine Prüfgruppe mit Menschen mit Lernschwierigkeiten.

Version in einfacher Sprache:

Titel: Wir fordern neue Regeln für das Geld zum Wohnen vom Jobcenter und vom Sozialamt in Leipzig: Weil das Sozialgericht in Leipzig gesagt hat: Die alten Regeln sind nicht ok.

Viele Menschen haben zu wenig Geld zum Leben. Die Menschen brauchen Geld vom Sozialamt oder vom Jobcenter.

In Leipzig gibt es Regeln:

- Wie viel Geld muss das Jobcenter oder das Sozialamt für die Wohnung zahlen?
- Wann ist die Miete so teuer, dass das Amt sie nicht zahlen muss?

Jetzt hat das Sozialgericht entschieden:

- Die Regeln in Leipzig sind nicht ok, weil die Stadt sie nicht richtig begründet hat.
- Leipzig hat ein Konzept als Begründung. In dem Konzept steht nur, dass in Leipzig Wohnungen angeboten werden, die dem Amt nicht zu teuer sind. Aber da steht nicht, ob diese Wohnung auch für alle reichen.
- Deswegen ist das Konzept ist nicht schlüssig. Schlüssig bedeutet logisch.

Die Entscheidung vom Sozialgericht ist noch nicht rechtskräftig. Das bedeutet: Die Stadt Leipzig lässt die Entscheidung noch von einem höheren Gericht prüfen.

Das Jobcenter oder das Sozialamt schreibt vielen Menschen:

- Ihre Wohnung ist zu teuer. Das steht in unseren Regeln.
- Sie müssen Ihre Wohnkosten senken.
- Zum Beispiel können Sie in eine Wohnung umziehen, die weniger kostet.
- Oder Sie können einen Teil von Ihrer Wohnung vermieten.
- Oder Sie müssen etwas anderes machen, damit die Wohnung nicht mehr so teuer ist.
Zum Beispiel: Mit der Vermieterin verhandeln.
- Sonst zahlen wir Ihnen weniger für die Wohnung.

In Leipzig passiert das vielen Leuten.

Die meisten Leute können keinen Teil von ihrer Wohnung vermieten. Und Verhandeln bringt fast nie etwas. Und viele können nicht in eine Wohnung ziehen, die dem Amt nicht zu teuer ist:

- Weil in Leipzig nur ganz wenige Wohnungen angeboten werden, die wenig kosten.
- Aber es gibt sehr viele Leute, die eine günstige Wohnung in Leipzig suchen.

Wir fordern von der bündnisgrünen Fraktion im Stadtrat: Die Fraktion muss im Stadtrat fordern:

1. Das Jobcenter und das Sozialamt muss sofort alle **Verfahren beenden**, bei denen Leute aufgefordert wurden, dass sie ihre Wohnkosten senken sollen.
2. Das Jobcenter und das Sozialamt muss erstmal bei allen **die vollen Wohnkosten** anerkennen - außer wenn sie mehr als 15 % höher sind, als in den Tabellen im Wohngeldgesetz.
So lange, bis die Gerichte die Sache abschließend geklärt haben.
Oder bis es ein neues Konzept für die Wohnkosten gibt, das logisch ist und das rechtssicher ist.
3. Die Verwaltung von der Stadt Leipzig bekommt den Auftrag: Sie sollen ein **neues Konzept** für die Wohnkosten schreiben.
Sie sollen so schnell wie möglich damit anfangen.
Das Jobcenter soll mitarbeiten.
Leute die sich mit dem Wohnungsmarkt in Leipzig auskennen sollen auch mitarbeiten.
Und Leute sollen mitarbeiten, die Wohnungen vermieten, zum Beispiel die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft.
Außerdem sollen Leute mitarbeiten, die Mieter*innen vertreten, zum Beispiel der Mieterverein.
Das Konzept soll berücksichtigen:
 - Wie hoch sind die Mieten tatsächlich bei angebotenen Mietwohnungen mit einem einfachen Wohnstandard?
 - Wie hoch waren die Betriebskosten der letzten 12 Monaten wirklich?
 - Wie viele Menschen suchen in Leipzig eine günstige Wohnung?
 - Gibt es genug günstige Wohnungen für alle?

4. Bis Anfang 2027 muss die Verwaltung berichten: Wie weit sind sie schon mit dem neuen Konzept?

Was haben sie sich schon dafür überlegt?

5. Die Stadt Leipzig soll Richtlinien schreiben:

Wie können Menschen beweisen:

- Ich habe eine Wohnung die wenig genug kostet gesucht. Aber ich konnte keine Wohnung finden.

- Ich habe auch anders versucht, meine Kosten für die Wohnung zu senken.

Bis Anfang 2027 sollen die Richtlinien fertig sein.

Begründung

Zu wenig Geld zum Leben

Mehr als 4.000 Leipziger Haushalte bekommen im Moment zu wenig Geld vom Jobcenter oder vom Sozialamt für ihre Wohnung. Dafür gibt es ein langes Wort: Wohnkostenlücke

Das bedeutet zum Beispiel: Familien, Alleinerziehende und Rentner*innen müssen einen Teil von ihrer Miete mit ihrem Regelsatz bezahlen.

Der Regelsatz ist eine niedrige Pauschale für fast alles, was Menschen zum Leben brauchen.

Wer vom Regelsatz einen Teil von der Miete zahlen muss, hat zu wenig Geld für andere wichtige Dinge.

Zum Beispiel zu wenig Geld für Essen, Kleidung und soziale Teilhabe. Soziale Teilhabe bedeutet zum Beispiel ins Internet gehen können, Sport im Verein machen können oder ins Schwimmbad gehen können.

Das Konzept ist **nicht** sozial und rechtlich **nicht** in Ordnung, wenn deswegen die Menschen keine Wohnungen finden können, die dem Amt nicht zu teuer sind.

Verlorenes Gerichtsverfahren

Die Stadt Leipzig hat ein Verfahren beim Sozialgericht Leipzig verloren.

Deswegen droht unserer Stadt, dass sie viel Geld zahlen muss und viel Arbeit bekommt, weil Leute ihre Bescheide nachträglich überprüfen lassen.

Und viele Leute können klagen.

Das ist auch teuer für die Stadt und macht der Verwaltung viel Arbeit.

Die Verwaltung muss sich darauf verlassen können, dass die Regeln rechtssicher sind.

Rechtssicher bedeutet:

- Sie sind rechtlich in Ordnung.
- Es sind keine Fehler drin, die Menschen vor Gericht angreifen können.

Die Menschen in Leipzig brauchen die Sicherheit, dass sie immer genug Geld zum Leben haben.

Die Menschen müssen auch wissen:

- Wie kann ich beweisen, dass ich keine Wohnung finden konnte?
- Und wie beweise ich, dass ich auch anders die Kosten nicht senken kann?

Sonst gibt es jedes Mal Streit. Oder die Menschen geben auf.